

29.09.2009

## Antrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Nordrhein-Westfalen hat gute Ergebnisse bei der Steigerung der Organspendenbereitschaft gezeigt**

#### **I. Der Landtag stellt fest:**

Organtransplantationen sind in Fällen von drohendem Organversagen oft die einzige Chance, um das Leben von Patientinnen und Patienten retten zu können oder deren Lebensqualität zu verbessern.

Das im Jahr 1997 in Kraft getretene Transplantationsgesetz hat für die Transplantationsmedizin mehr Rechtssicherheit im Hinblick auf die Entnahme, Vermittlung und Transplantation von Organen gebracht. Im Jahr 2000 wurde die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) von der Bundesärztekammer, den Spitzenverbänden der Krankenkassen sowie der Deutschen Krankenhausgesellschaft beauftragt, die gesetzlich vorgesehene Koordinierung der Organspenden zu übernehmen. Trotz des Engagements der Stiftung, vieler Ärztinnen und Ärzte und zahlreicher Pflegekräfte in den Krankenhäusern konnte der Mangel an Transplantaten bislang noch nicht in zufriedenstellender Weise behoben werden. Der Organmangel in Deutschland wäre noch größer, wenn er nicht dadurch gemildert würde, dass Deutschland innerhalb des Eurotransplant-Verbundes mehr Organe bezieht als abgibt.

Nordrhein-Westfalen gehörte jahrelang in Deutschland und Mitteleuropa zu den Schlusslichtern bei der Zahl der Organspender. Noch im Jahr 2005 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt lediglich 196 Organspender gemeldet, was 10,9 Organspenden pro Million Einwohner entsprach. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt lag bei 14,8 Organspendern pro Million Einwohner, also deutlich über dem in Nordrhein-Westfalen erzielten Wert.

Die Entwicklung nach dem Jahr 2005 zeigt, dass Nordrhein-Westfalen den richtigen Weg eingeschlagen hat. Mit der Einführung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, der Änderung des Ausführungsgesetzes zum Transplantationsgesetz, mit Motivationsveranstaltungen an Krankenhäusern und zahlreichen Gesprächen mit Krankenhausträgern konnten die Organspenden in Nordrhein-Westfalen deutlich erhöht werden. Nordrhein-Westfalen konnte im

Datum des Originals: 29.09.2009/Ausgegeben: 29.09.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

vergangenen Jahr als einziges Bundesland einen positiven Trend verzeichnen. Mit 14,4 Spenden pro Million Einwohner hat Nordrhein-Westfalen sein bisher bestes Ergebnis erzielen können. Für das Jahr 2009 konnten anfänglich wiederum starke Steigerungen verzeichnet werden. Ende Juli wurde ein Stand von 15,1 Organspenden pro Million Einwohner erreicht.

Obwohl 80% der Bevölkerung eine positive Einstellung zur Organspende haben, verfügen nur 12% über einen Organspendeausweis. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat daher gemeinsam mit den Apothekerverbänden in einem ersten Schritt die Verteilung von Organspendeausweisen an 600.000 Landesbedienstete, an die 427 Hauptverwaltungsbeamten und an rund 4.400 Apotheken vorgenommen. Das bedeutet alleine in diesem Bereich über 1 Million verteilte Organspendeausweise.

Erkenntnissen zufolge stehen viele Menschen der Organspende bislang aber auch weiterhin nicht zur Verfügung, weil sie befürchten (zu Unrecht) für hirntot erklärt zu werden, damit sie als potentieller Spender zur Verfügung stehen können. Diese Ängste werden immer wieder geäußert.

## **II. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf:**

1. Dem Landtag einen Bericht über ihre Aktivitäten seit der Einführung des Krankenhausgestaltungsgesetzes in Sachen Steigerung der Organspendezahlen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.

In dem Bericht sollen insbesondere der Einsatz, die Fortbildung und Aktivitäten der durch das Krankenhausgestaltungsgesetz geschaffenen Transplantationsbeauftragten dargestellt und bewertet werden.

Darüber hinaus soll der Bericht mitteilen, in welchen Krankenhäusern bereits Transplantationsbeauftragte beschäftigt sind und in welchen eine Beschäftigung noch nicht erfolgt ist.

Der Bericht soll Auskunft geben über die Entwicklung der Spendenzahlen in anderen Bundesländern.

Weiter soll die Landesregierung erläutern, welche Aktivitäten zukünftig geplant sind, um die Spendebereitschaft weiter zu steigern.

2. Eine Aufklärungsinitiative mit dem Ziel zu entwickeln, Ängsten von Bürgern begegnen und die Bereitschaft zur Organspende erhöhen zu können.

Helmut Stahl  
 Peter Biesenbach  
 Rudolf Henke  
 Norbert Post  
 Ursula Monheim

und Fraktion

Dr. Gerhard Papke  
 Ralf Witzel  
 Dr. Stefan Romberg

und Fraktion